

12. Jahrgang / Nummer 12 / Dezember 07

Ein Land im Stillstand

Im November haben wir Portugal besucht, das Land im Südwesten der EU, dort, wo Europa endet. Wir haben in Tavira und Manta Rota übernachtet und sind die endlosen Strände der Sandalgarve entlang gewandert, sind der Grenze mit Spanien nach Norden gefolgt, sind bis Evora und von dort in Richtung Lissabon gefahren, haben uns dann auf leeren Autobahnen nach Süden gewandt und die grandiose Westküste, die schönste in Europa nach der norwegischen, inspiziert und haben schließlich in der Pousada in Sagres Station gemacht, wo man wie von einer Aussichtsplattform weit auf das Meer nach Westen und Süden blickt.

Ich wollte herausfinden, was sich seit der Nelkenrevolution 1974 und seit dem Beitritt des Landes in die EU verändert hat. Nicht sehr viel. Wenn man die Hauptstadt verläßt und in den Alentejo kommt, überwiegt ein Eindruck: der des Stillstandes. In den siebziger Jahren, als ich aus Lissabon für die QUICK und die WELT berichtete, als letzter ausländischer Journalist kurz vor seinem Sturz von Caetano in Queluz empfangen wurde, für den Sozialisten Mario Soares PR machte und den Kommunisten Alvaro Cunhal interviewte, den Wechsel vom autoritären System zur Demokratie miterlebte und eine kleine, verschwörerische Gruppe von Obristen kennenlernte, die später mit Hilfe der CIA die Kommunisten entmachtete, indem sie ihnen einen Putschversuch in die Schuhe schob, den diese gar nicht mehr nötig hatten – da war Portugal das ärmste Land Westeuropas.

Heute – 50 Milliarden Euro später, die der EU-Beitritt Lusitanien gebracht hat – liegt Portugal immer noch auf dem letzten Platz. Selbst Slowenien hat den portugiesischen Lebensstandard inzwischen überholt. Die Analphabetenrate ist die höchste in Europa, die wenigen reichen Familien sind immer noch reich und wurden durch die von Manuel Barroso, den jetzigen EU-Kommissionspräsidenten, forcierte Privatisierung noch reicher. Die einst blühende Textilindustrie liegt darnieder. Zahlreiche ausländische Firmen sind abgezogen, weil die Löhne anderswo noch niedriger sind.

Portugal ist ein Musterbeispiel dafür, daß üppige Entwicklungshilfe (in diesem Fall die EU-Subventionen) für sich genommen nicht nur nichts bewirkt, sondern überdies notwendige Reformen verhindert, weil der Geldsegen zur Passivität verleitet.

Denselben Effekt – je mehr Entwicklungshilfe, desto weniger Entwicklung – kann man überall in Afrika beobachten. Als Paul Theroux, der amerikanische Schriftsteller, Afrika von Kairo nach Kapstadt durchquerte (er hat darüber ein packendes Buch geschrieben), durchfuhr er ganze Regionen, in denen sich die in ihren

(Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4)

Energiesicherheit: Deutschland, Frankreich und die Machtgier der EU-Kommission

Im Februar 2007 veröffentlichte das Kölner **Institut der deutschen Wirtschaft** eine Prognose, die unglaublich klang und kaum beachtet wurde. Danach wird im Zeitraum 2025 bis 2035 das Gefälle der Wirtschaftskraft zwischen Deutschland und Frankreich verschwinden, Frankreichs Sozialprodukt wird doppelt so schnell wachsen wie das der Bundesrepublik – und Deutschland wird die Rolle als führende europäische Volkswirtschaft verlieren.

Wie soll das möglich sein? Zum einen, weil die französische Geburtenrate mit etwas mehr als zwei Kindern je Frau weit und praktisch uneinholbar über der deutschen liegt – mit der Konsequenz, daß es schon 2045 mehr Franzosen als Deutsche geben wird. **Allein aus demographischen Gründen wird Deutschland zurückfallen.**

Der andere Grund liegt darin, daß Frankreich eine langfristige, an nationalen Interessen orientierte Energiepolitik betreibt, während die Bundesregierung unter Merkel im Alleingang versucht, das Weltklima zu retten, die deutschen Energiekonzerne anfeindet und nicht einmal belegen kann, woher der Strom kommen soll, wenn die Kernkraftwerke erst einmal abgeschaltet sind. In der Öffentlichkeit rangieren Ideologie und Vorurteile vor ökonomischem Sachverstand. **Das Bewußtsein fehlt, daß Wohlstand schon immer ein Faktor aus Intelligenz und (ausreichender und erschwinglicher) Energie war.**

So beschloß die Bundesregierung Anfang Dezember ein Klimaschutzprogramm, wonach der **Kohlendioxid-ausstoß** bis 2020 um 40 % reduziert werden soll. Die enormen Kosten für Unternehmen und Verbraucher werden verdrängt. Die Regierung rühmt sich auch noch, seit 1990 die CO₂-Emissionen um 18,4% verringert zu haben. Ein dubioser Erfolg, denn die Hälfte davon ist dem Kollaps der DDR-Industrie zu verdanken. Weniger CO₂ bedeutete: weniger Arbeitsplätze.

Unterdessen steigt Frankreich zur „Energie-Großmacht“ auf, wie es die SZ formulierte. Die Regierung Sarkozy ist gerade dabei, die Energieunternehmen Gaz de France und Suez zur Nummer 1 in Europa zu fusionieren. Der Versuch des italienischen Enel-Konzerns, Gaz de France zu übernehmen, wurde

abgeschmettert. (Ebenso von der spanischen Regierung der Versuch von E.ON, das Stromunternehmen Endesa sich einzuverleiben.) Nicht nur das: **Präsident Sarkozy will zudem Siemens bei der französischen Areva ausbooten.** Damit verliert Siemens ab 2009 seinen Anteil an der Kraftwerkssparte von Areva, des weltweit größten Atomkonzerns. Vorhersehbar ist auch, daß Deutschland später auf französischen Atomstrom angewiesen sein wird. Denn auch die Alternative zum Atomstrom – nämlich Kohlekraftwerke – ist in Deutschland immer schwerer durchsetzbar. Die durch Medien und Politik desinformierte Öffentlichkeit glaubt allen Ernstes, mit Windrädern auskommen zu können.

Die Kontrolle über die eigene Energieversorgung ist immer auch eine Frage der Souveränität. Nachdem die Bundesrepublik mit der D-Mark ihr wesentliches Souveränitätsmerkmal geopfert hat, läuft sie jetzt Gefahr, ein weiteres zu verlieren. Die EU-Kommission arbeitet bereits daran. Die Rede ist vom **3. Richtlinienpaket zum Energiebinnenmarkt.**

Das Paket sieht zum einen die Ersetzung oder Ergänzung bestehender Energiemarkt-Richtlinien vor, zum anderen eine EU-Verordnung zur Schaffung der **Europäischen Agentur zur Kooperation der nationalen Regulierer**, abgekürzt **ACER**. Spätestens im Sommer 2008 soll dieses Richtlinienpaket unter französischem Ratsvorsitz geschnürt und verabschiedet werden.

(Der deutsche Regulierer nennt sich **Bundesnetzagentur**, wurde 1998 als Bundesbehörde gegründet, sitzt in Bonn und hat über 2300 Mitarbeiter. Zunächst zuständig für Telekommunikation und Post, übernahm die Bundesnetzagentur 2005 auch die Aufsicht über die Strom- und Gasmärkte. Lediglich kleinere Energieunternehmen werden von den Landesbehörden reguliert.)

Wie das meiste, das aus Brüssel kommt, sind auch diese Zusammenhänge hochkompliziert und leicht zu verschleiern. Wir versuchen dennoch eine Erklärung. Den größten politischen Sprengstoff birgt die von der EU-Kommission geplante Richtlinie zur eigentumsrechtlichen **Entflechtung von Übertragungs- und Fernleitungsnetzen**. In Deutschland würden damit E.ON und RWE, die schwedische Vattenfall und die zur Hälfte unter französischem Einfluß stehende EnBW zum Verkauf ihrer Höchstspannungsnetze gezwungen. **Zudem müßten sich diese Unternehmen von einem Großteil ihrer Erdgas-Fernleitungen trennen.**

Zwar gehen der Bundesregierung diese Pläne zu weit. Im Prinzip auch der französischen Regierung. Was tut die EU-Kommission? Sie versucht, Paris und Berlin auseinanderzuidividieren. Frankreich soll durch eine **Sonderregelung für Staatsbetriebe** (wie den französischen Strommonopolisten EdF) geködert werden. Der entscheidende Passus sieht vor, daß staatliche Energiekonzerne einem Verkauf ihres Leitungsnetzes entgehen können, sofern diese Netze separat von eigenen Behörden verwaltet werden. Außerdem ist eine „**Gasprom-**

Klausel“ geplant, wodurch Netzübernahmen durch Unternehmen aus Drittstaaten erschwert werden sollen.

Raffiniert daran ist, daß die angestrebte separate Verwaltung der französischen Stromnetze Wettbewerb nur vortäuscht. Denn sie bleiben ja ebenso wie die Stromerzeugung in staatlicher Hand. In Deutschland hingegen würden E.ON und RWE (und damit die Sicherheit der Stromversorgung) durch eine Zerschlagung empfindlich geschwächt. Und mit der Anti-Gasprom-Klausel wird möglicherweise ein Keil zwischen Deutschland und Rußland getrieben.

Wie wird wohl die Wohlfühl-Kanzlerin reagieren? In den vergangenen Jahren hat nur ein Politiker in Berlin einen ernsthaften Beitrag zur Sicherheit der deutschen Energieversorgung geleistet: **Gerhard Schröder**, als er den Deal mit Gasprom einfädelt. Unterdessen wächst in Wirtschaftskreisen der Verdruß über Merkel. Nicht wenige hätten am liebsten Schröder zurück. Wer hätte das gedacht?

Geheimdienstpapier: Schwere Flügelkämpfe in Washington

Als Präsident Bush im Oktober die Gefahr eines „Dritten Weltkrieges“ an die Wand malte, wurde das hierzulande kaum registriert. Niemand fragte, wer eigentlich den Krieg anfangen und wer sich daran beteiligen könnte. Tatsächlich waren die amerikanischen Vorbereitungen für eine Attacke auf den Iran bereits weit fortgeschritten – und zwar gegen den Widerstand der Antikriegspartei im Außenministerium, in den Geheimdiensten und selbst im Militär.

Am 3. Dezember erreichte der inneramerikanische Machtkampf einen vorläufigen Höhepunkt. In einem 140seitigen Geheimbericht, von dem nur eine kurze Zusammenfassung veröffentlicht wurde, kamen die 16 US-Nachrichtendienste zu dem Schluß, daß der Iran sein Atomwaffenprogramm mit hoher Sicherheit bereits **im Herbst 2003** eingestellt habe.

Bush reagierte darauf mit der Behauptung: „Nichts hat sich geändert.“ Die Perser blieben gefährlich, „solange sie das Wissen zur Herstellung einer Nuklearwaffe haben“. Ein merkwürdiger Satz, denn dieses Wissen hat jeder halbwegs entwickelte Staat. Um den Iranern das Wissen zu nehmen, müßte man ein paar Tausend iranischer Wissenschaftler liquidieren.

Hinter der Realitätsverweigerung des Präsidenten verbirgt sich eine erbitterte Auseinandersetzung innerhalb der amerikanischen Eliten. Die vorläufig letzte Runde hat die Kriegspartei soeben verloren. Geschwächt war sie vorher schon, nachdem führende Köpfe der Neokonservativen aus ihren Ämtern ausscheiden mußten. Nämlich Paul Wolfowitz, John Bolton, Douglas Feith und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Nur

so war es möglich, daß die Geheimdienste Bush in den Arm fallen konnten. Gegenüber dem *Spiegel* vom 10. Dezember sprach John Bolton von einem „**Quasi-Putsch**“.

Nach unseren Informationen war der sensationelle Bericht schon vor einem Jahr fertig, mußte aber auf Druck von Vizepräsident Cheney dreimal umgeschrieben werden und konnte schließlich nicht mehr unterdrückt werden, weil er ohnehin durchgesickert wäre.

Der interessanteste Aspekt der Affäre fehlt in dem zitierten *Spiegel*-Artikel. **Am 21. Oktober 2003** hatten sich die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Teheran mit der iranischen Regierung darauf geeinigt, daß einerseits die Urananreicherung beendet wird (zu der Teheran laut Atomwaffensperrvertrag berechtigt ist) und daß andererseits die iranischen Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden. **Das hätte eine Nichtangriffserklärung der USA vorausgesetzt.**

Im November 2004 folgte eine ähnliche Vereinbarung zwischen den vier Verhandlungspartnern. Der zeitliche und sachliche Konnex zum damaligen Ende des iranischen Atomwaffenprogramms ist offenkundig. **Damals hätte der Konflikt beigelegt werden können, wenn Washington den Kompromiß nicht sabotiert hätte.**

Die Lagebeurteilung der amerikanischen Geheimdienste stützt sich neben anderen Quellen auch auf die Aussage von **General Ali-Reza Asgeri**, der früher das Amt des stellvertretenden Verteidigungsministers in Teheran innehatte. Im Februar 2007 reiste Asgeri in die Türkei und verschwand spurlos. Er wurde in die USA geschafft, wo er auspackte. Asgeri soll seit Jahren als Agent für den Westen gearbeitet haben.

Extremismus: Zweierlei Maß

Unvorstellbar, daß ein CDU-Politiker rechtsextremistische Gewalttäter unterstützt und, wenn es herauskommt, im Amt bleibt. Ganz anders auf der marxistischen Seite: Als die Wochenzeitung *Junge Freiheit* publik machte, daß die Juso-Vorsitzende **Franziska Drohsel** der „Roten Hilfe“ angehört, trat sie zwar nach einigem Zögern aus der Organisation aus, distanzierte sich aber nicht. Selbst der Hamburger *Spiegel*, der in Nummer 50 mit einer reinen PR-Geschichte zugunsten von Drohsel herauskam, urteilte: „**Es war ein taktischer Austritt, keiner aus Überzeugung.**“ (Was im *Spiegel* steht, ist wichtig, weil von ihm mindestens zwei Drittel der Regionalzeitungen abschreiben.)

Die „Rote Hilfe“ unterstützt Straftäter aus dem linken Milieu juristisch und finanziell und ruft zur Solidarität mit inhaftierten Linksextremisten im In- und Ausland auf, auch mit den noch einsitzenden RAF-Mitgliedern. Die Nähe zu Terroristen ist der Grund für die Überwachung der „Roten Hilfe“ durch den Verfas-

sungsschutz – üblicherweise ein Anlaß für politische Ächtung, nicht aber im Fall Drohsel.

Die Affäre wäre kaum erwähnenswert, wäre sie nicht einer von vielen Vorböten für eine Volksfront in Berlin und für die Metamorphose der Bundesrepublik in eine **DDR light**. Fakt ist: Die Führerin von 78 000 Jungsozialisten, d.h. der SPD von morgen, will eine „andere Gesellschaft“ und sympathisiert mit gewalttätigen Systemgegnern. Oskar Lafontaine erscheint dagegen als gemäßigter Politiker. Die Frage, was da noch einem Regierungsbündnis zwischen SPD und Linkspartei/PDS im Wege stehen könnte, ist leicht zu beantworten: Nichts.

Bücher

■ Nie war eine Hetzkampagne so niederträchtig wie die gegen Eva Herman (die übrigens kürzlich von Otto von Habsburg zu seinem 95. Geburtstag eingeladen wurde). Was sich hier abspielte, ist jetzt in einem Buch nachzulesen, z.B. der infame Kommentar in *BILD* von Franz-Josef Wagner: „Eva Herman ist, ich sagte es schon, eine dumme Kuh. Niemals würde ich mit Eva Herman über Faschismus, Bolschewismus reden. Über das Wetter würde ich mit ihr reden und wie sie ihr Haar blond färbt. Und warum mollig sexy ist und wie der Orgasmus einer 48jährigen Frau ist.“ **Arne Hoffmann, Der Fall Eva Herman – Hexenjagd in den Medien, Lichtschlag Medien, Grevenbroich 2007, 189 S., brosch., € 18,90.**

■ Der 11. September 2001 hat die Welt verändert, aber stimmt die offizielle Version? Nein, sagt Andreas von Rényi und belegt seine Zweifel mit umfangreichem Material, wovon man manches noch nicht kannte, und vielen Photos. Gut geschrieben. **Andreas von Rényi, Die Terrorflüge – Der 11. September 2001 und die besten Beweise, daß wirklich alles anders war, Kopp Verlag, Rottenburg 2007, 287 S., geb., € 19,95**

■ William Engdahl, bekannter Kritiker der amerikanischen Geopolitik, schreibt über die US-Rüstungs- und Militärpolitik und die bizarre Gedankenwelt der Neokonservativen und christlichen Zionisten in den USA, hätte aber deutlich machen müssen, daß deren Einfluß bereits zurückgeht. **William Engdahl, Apokalypse jetzt! Washingtons geheime Geopolitik, Kopp Verlag, Rottenburg 2007, 288 S., geb., € 19,95**

■ Packend, erschütternd und authentisch die Tagebuchnotizen eines Soldaten, der 1945 ein Bataillon führte und in Kriegsgefangenschaft geriet. Da ist nichts von Glorifizierung des Krieges, aber auch nichts von Geschichtsklitterung à la ZDF. Empfehlenswert. **Hermann Heidegger, Heimkehr 47 – Tagebuch-Auszüge aus der sowjetischen Gefangenschaft, Edition Antaios, Schnellroda 2007, geb., 96 S., € 8,50 (Tel/Fax 034632/90941).**

Bei Interesse bitte über den Buchhandel bestellen. Unser Büro kann derzeit nur DAS GEHEIME WISSEN DER GOLDANLEGER ausliefern.

(Fortsetzung von Seite 1)

fabrikneuen Geländewagen umherkreuzenden Entwicklungshelfer um alles kümmern – die eigentlich zuständigen afrikanischen Behörden hatten ihre Arbeit praktisch eingestellt.

Für Portugal schlägt die Stunde der Wahrheit, wenn 2013 der Milliardenzuschuß aus Brüssel versiegt. So jedenfalls ist es geplant. Die relative Hartwährung Euro kann sich das Land schon jetzt nicht mehr leisten. Die Auswanderung nimmt wieder zu. Wie groß waren die Hoffnungen, als Marcello Caetano, der Nachfolger Salazars, 1974 gestürzt wurde. Dann stellte sich heraus, daß auf den Ständestaat, den Estado Novo, doch nur die Parteienherrschaft folgte. Und, wie man von katholischer Seite hören kann, ein zunehmender Einfluß der Freimaurer. Sicher ist nur, daß Mario Soares der Loge angehört; Jorge Sampaio, der bis 2006 amtierende Staatspräsident, ebenfalls. Obwohl 90 Prozent der Portugiesen Katholiken sind, wurden die Kreuze aus den Schulräumen entfernt. Nun soll für Salazar ein Museum errichtet werden. Auf einer Tafel an seinem Geburtshaus im nordportugiesischen Vimiero steht geschrieben: „Hier wurde ein Herr geboren, der regierte und nichts raubte.“ Wird sich nach 2013 viel ändern? Wohl nicht. Portugal wird Schlußlicht bleiben – ein eigenartiges und sympathisches Stück Europa, das sich dem lauten Fortschritt verweigert.

BB

Notizbuch

■ Daß der allergrößte Teil der **deutschen Goldreserven** nicht in Deutschland, sondern in New York liegt, wurde zwar nach einer Anfrage des früheren Bundestagsabgeordneten Hohmann von der Regierung nicht bestätigt, ist aber unter Währungsexperten unumstritten. (Siehe dazu das Kapitel „Das Gold der Deutschen“ in: Bruno Bandulet, DAS GEHEIME WISSEN DER GOLDANLEGER, 288 Seiten, € 19,90, zu beziehen über unser Büro in Bad Kissingen.) Unklar war bisher hingegen, wo die **europäischen Goldreserven** aufbewahrt werden. Dazu fand sich in der FAZ vom 4. Dezember folgende sensationelle Notiz: „Wo die Goldreserven der EZB liegen, bleibt ein gut gehütetes Geheimnis. Jedenfalls befinden sich im Keller ihrer Zentrale keine Tresore für das Edelmetall. Nach Ansicht von Fachleuten dürfte sich die EZB rund 60 anderen Zentralbanken angeschlossen haben, die einen Teil ihrer Reserven in einem riesigen Keller der Fed unter der Südspitze Manhattans gebunkert haben.“

■ **Die Massenmedien verlieren an Einfluß, Meinung wird zunehmend im Internet gemacht.** Aktuelles Beispiel: die Kampagne für den republikanischen Präsidentschaftsbewerber **Ron Paul** in den USA. Auch in Europa hat sich eine Ron Paul-Fangemeinde organisiert (www.ronpaul.blog.de). Der Kongreßabgeordnete Ron Paul kämpft gegen Big Government, Big Business, den Steuerstaat, das Papiergeldsystem und den Kriegskurs und für eine Reduzierung des Militärs, für den Goldstandard und für bürgerliche Freiheiten. In einer Umfrage der Tageszeitung *DIE WELT*, wer US-Präsident werden sollte, landete Paul auf dem zweiten Platz.

■ S.W. schreibt uns: „Im letzten DeutschlandBrief warnten Sie vor den **Online-Konten**. Das hat mich bestürzt. Meinten Sie alle Anbieter oder hauptsächlich die unbekannteren? Meinen Sie, man könne z.B. der DiBa-Bank vertrauen?“

Antwort: Die Warnung bezog sich nicht auf einzelne Banken, auch nicht auf die DiBa, sondern darauf, daß Kriminelle das Paßwort knacken, von außen in das Konto eindringen und Geld abheben. Auch die DiBa gehört der Einlagensicherung der deutschen Privatbanken an.

■ DeutschlandBrief-Leser J.W. bezieht sich auf die November-Ausgabe, Seite 2, und fragt: „Warum darf Deutschland, wenn der Vertrag es andererseits vorsieht, nicht aus der EU austreten?“

Antwort: Tatsächlich hat Deutschland, sobald der neue EU-Vertrag in Kraft tritt, wie alle anderen Mitglieder das Recht, aus der EU auszutreten. **Nur ist die politische Situation eine andere als die völkerrechtliche.** Erstens läge es zur Zeit nicht im deutschen Interesse, auszutreten (sondern die EU zu einem Staatenbund zu reformieren). Und zweitens ist es eine Geschäftsgrundlage der europäischen Integration, daß Deutschland auf eine eigenständige, nationale Politik verzichtet – so, wie es die Geschäftsgrundlage der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist, daß die Bundesrepublik in der NATO verbleibt und den USA Militärstützpunkte einräumt. **Was im einzelnen im Zuge der Wiedervereinigung von der Regierung Kohl mündlich und schriftlich zugesagt wurde, blieb bisher geheim.**

■ **Zwei Zahlen zum Notieren:** Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler werden die **Steuereinnahmen 2008** an der magischen Grenze von 600 Milliarden Euro „kratzen“, ein Zuwachs von 20% innerhalb von nur drei Jahren. Und nach Angaben des Unternehmensberaters Roland Berger (*Münchener Merkur* vom 8. November) betragen die **Bürokratiekosten der EU** ebenfalls 600 Milliarden Euro jährlich.

■ **Redaktionsschluß:** 12. Dezember 2007. / **Der DeutschlandBrief eignet sich hervorragend auch als Weihnachtsgeschenk – bitte kontaktieren Sie unser Büro.**
Bruno Bandulet

*Redaktion und Verlag wünschen allen Lesern
ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein gutes Neues Jahr!*

DeutschlandBrief

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bruno Bandulet.
Verlag und Redaktion: Bandulet Verlag GmbH, Kurhausstraße 12, D-97688 Bad Kissingen, Tel. 0971/ 68257, Fax 0971/69056.
Internet: www.bandulet.de, ePost: info@deutschlandbrief.net
Der DeutschlandBrief erscheint in der Regel monatlich. Jahresabonnement EUR 46 inkl. MWSt und Porto innerhalb Europas.
Bezug gegen Vorauszahlung. Keine Haftung bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt. Copyright by: Dr. Bruno Bandulet. Titel, Inhalt und Layout sind urheberrechtlich geschützt. Druck: Walz Druck Center, Hammelburg.